

## **SYLVINA ZANDER**

Bad Oldesloe in der Zeit der Weimarer Republik  
und des Nationalsozialismus  
(1918–1945)



SYLVINA ZANDER

BAD OLDESLOE  
IN DER ZEIT  
DER WEIMARER REPUBLIK  
UND  
DES NATIONALSOZIALISMUS

(1918–1945)

*Wachholtz*

Gefördert durch die Stadt Bad Oldesloe



1. Auflage 2021

© 2021 Wachholtz Verlag –Kiel/Hamburg

Das Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

ISBN 978-3-529-05062-6

E-Book ISBN 978-3-529-09289-3

Gesamtherstellung: Wachholtz Verlag

Umschlagfoto: Stadtarchiv Bad Oldesloe

Satz: Dörleman Satz, Lemförde Printed in Europe

Besuchen Sie uns im Internet: [www.wachholtz-verlag.de](http://www.wachholtz-verlag.de)

## **Geleitwort** 7

### **1. Einleitung** 9

### **2. Bad Oldesloe in der Zeit der Weimarer Republik** 13

- 2.1. Die revolutionäre Entstehungsphase der Weimarer Republik 13
- 2.2. Die Weimarer Republik bis 1930 37
- 2.3. Die Auflösung und Zerstörung der Republik 1930–1933 72
- 2.4. Die NSDAP in Bad Oldesloe 93
- 2.5. Die Bad Oldesloer Stadtpolitik 123
- 2.6. Die Bad Oldesloer Milieus 154

### **3. Bad Oldesloe in der Zeit des Nationalsozialismus** 200

- 3.1. Der Januar 1933 200
- 3.2. Die Akteure 203
  - 3.2.1. Oldesloe als Zentrum der NSDAP in Stormarn:  
Franz Kieling und Erich Friedrich 203
  - 3.2.2. Die NSDAP in Bad Oldesloe 220
- 3.3. Die Konsolidierung der Macht 231
  - 3.3.1. Die Gleichschaltung von Staat und Gemeinden und  
das Ermächtigungsgesetz 231
  - 3.3.2. Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung 257
  - 3.3.3. Die Gleichschaltung 276
  - 3.3.4. Propaganda – Presse und Kultur 279
  - 3.3.5. Propaganda – Der nationalsozialistische Festkalender 287
- 3.4. Die Gliederungen der Partei 299
  - 3.4.1. Die Sturmabteilung (SA), die Schutzstaffel (SS) und  
das Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps (NSKK) 299
  - 3.4.2. Die NS-Frauenschaft, das Deutsche Frauenwerk und  
die Frauenpolitik im NS-Staat 307
  - 3.4.3. Die Hitlerjugend (HJ) und der Bund Deutscher Mädel (BDM) 323
- 3.5. Der Ausbau der Macht 364
  - 3.5.1. Die »Arbeitsschlacht« und der Vierjahresplan –  
die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 364
  - 3.5.2. Die »Volksgemeinschaft« im Betrieb –  
Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) 381
  - 3.5.3. »Die Front gegen die Not«<sup>2592</sup> – die Nationalsozialistische  
Volkswohlfahrt (NSV) 390
- 3.6. Die Radikalisierung des NS-Regimes 405
  - 3.6.1. Systematisierung des Terrors 405
  - 3.6.2. Der Ausschluss aus der »Volksgemeinschaft« 407
- 3.7. Die evangelische Kirche zwischen »Deutschen Christen« und  
der Bekennenden Kirche 423

- 3.8. Das Alltagsleben 438
- 3.9. Auf dem Weg in den Krieg 444
  - 3.9.1. Die Eskalation in der Außenpolitik 444
  - 3.9.2. Der Reichsluftschutzbund (RLB) und das Deutsche Rote Kreuz (DRK) –  
Kriegsvorbereitung schon im Frieden 454
  - 3.9.3. Bad Oldesloe im Krieg 459
  
- 4. Anhang 522**
  - Danksagung 522
  - Anmerkungen 523
  - Abkürzungsverzeichnis 622
  - Quellen- und Literaturverzeichnis 624
  - Abbildungsnachweis 634
  - Personenregister 635

## Geleitwort

Mit diesem Buch liegt erstmalig eine Geschichte der Stadt Bad Oldesloe aus der jüngeren Geschichte des 20. Jahrhunderts vor. Sie umfasst die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus – also die Zeitspanne von 1918 bis 1945. Es ist die Geschichte eines hoffnungsvollen demokratischen Neubeginns nach den Verheerungen des Ersten Weltkrieges. Gleichzeitig ist es die Geschichte eines von vielen Akteuren und Vereinigungen betriebenen Scheiterns gerade dieser ersten deutschen Demokratie.

Sie ging unter in einer mörderischen Diktatur. Der Nationalsozialismus, das »Tausendjährige Reich«, dauerte wenig mehr als zwölf Jahre und hinterließ ein zerstörtes Land. Er kostete Millionen von Opfern das Leben: in den Konzentrations- und Vernichtungslagern, den Euthanasieanstalten und in dem von den Nationalsozialisten angezettelten Vernichtungskrieg. Die Frage ist, wie es dazu kommen konnte.

Dieser Prozess wird für Bad Oldesloe nachgezeichnet. Es werden die Akteure benannt, die gegen die Demokratie arbeiteten und einen autoritären Staat herbeisehnten. Sie wollten den Versailler Friedensvertrag nicht akzeptieren, opponierten gegen jede Verständigungspolitik und bahnten letztlich Hitler den Weg. Dargestellt werden auch die Verteidiger der Republik – und ihre Verfolgung und teilweise Ermordung durch die Schergen der NS-Diktatur. Für viele Menschen aber bedeutete der Nationalsozialismus zunächst auch ein Stück Hoffnung – auf die Überwindung der Arbeitslosigkeit und die Linderung der wirtschaftlichen Not. Ohne diese Unterstützung hätte der NS-Staat nicht bestehen können. Im Laufe der Zeit arrangierten sich die meisten Oldesloer mit dem nationalsozialistischen Staat.

Und noch eines wird erkennbar: Wie gefährlich ein politisches System ist, das auf ständige Emotionalisierung setzt, Gefühle aufputscht, auf vermeintliche »Feinde« zielt und auf diese Weise Menschen zu mörderischen Taten enthemmt.



Jörg Lembke  
Bürgermeister





# 1. Einleitung

---

Im vorliegenden Buch wird die Zeitspanne zwischen den Jahren 1919 und 1945 behandelt. Sie umfasst zwei für die Geschichte Deutschlands entscheidende Perioden: die Weimarer Republik und die Zeit des Nationalsozialismus. Das Buch richtet den Blick – neben der allgemeinen Perspektive – auf die darin eingebettete Oldesloer Stadtgeschichte, um auf dieser Grundlage lokale Entwicklungen und Besonderheiten nachzuzeichnen. Die Kernfragen sind: Wie war es möglich, dass die NSDAP auch in Oldesloe auf große Zustimmung traf? Wie kam es dazu, dass sich die Menschen – nach einer Redepassage des berühmten Pazifisten Paul von Schoenaichs auf einer Demonstration nach dem Mord an Rathenau vom 28. Juni 1922: »Entweder mit den Mordbuben ins Verderben oder mit der Republik zur Wiedergeburt« – für das Verderben entschieden?<sup>1</sup>

Bislang hat sich für die Zeit der NS-Diktatur und des Zweiten Weltkriegs vor allem der verheerende Bombenangriff vom April 1945 mit seinen mehreren hundert Toten ins kollektive Gedächtnis der Stadt eingegraben. Aber er war die Folge einer fatalen Entwicklung, die Jahrzehnte zurückreicht: bis in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, der Zeit der Weimarer Republik. Neben der Darstellung der den Aufstieg der Nationalsozialisten begünstigenden katastrophalen Wirtschaftslage liegt der Schwerpunkt der Darstellung der Zeit der Weimarer Republik auf dem Nachverfolgen der Infiltration der NSDAP in die Oldesloer Gesellschaft: wer war anfällig für die Parolen, in welchen Parteien, Vereinen und Verbänden konnten die Nationalsozialisten früh Fuß fassen, wer waren die Nationalsozialisten, gab es wichtige Persönlichkeiten, die ihnen als Türöffner in die bürgerliche Gesellschaft dienten? Welche auch personellen Kontinuitäten gab es nach 1933 (und dann nach 1945)? In diesem Sinne ist das Kapitel über die Milieus in der Weimarer Republik ausschlaggebend. Vom Sportverein bis zu den Gesangsvereinen, von den Krieger- bis zu den Kulturvereinen sortierten sich die Oldesloer Bürger in Vereine, die sich jeweils einem Milieu zurechnen ließen. Während aus den Reihen der Arbeitervereine, der SPD und KPD, des Reichsbanners und der Gewerkschaften die Verfolgten des NS-Regimes stammen sollten, war in den Kriegervereinen wie dem Stahlhelm die ideologische Differenz zur NS-Ideologie nur gering: hier war man mit dem Kampf gegen den »Marxismus«, gegen die Republik und die Folgen des Versailler Vertrages durchaus einverstanden und arbeitete mit den Nationalsozialisten zusammen.

Nach 1933 bildete der Oldesloer Bürgermeister Franz Kieling eine Klammer zwischen der Weimarer Republik und der NS-Zeit. 1931 noch gegen den Willen der NSDAP in das Bürgermeisteramt gewählt, konnte er sich bis 1945 halten und wurde nach dem Ende von Diktatur und Weltkrieg zu einem der führenden Repräsentanten des Kreises Stormarn. Seiner Persönlichkeit ist ein eigenes Kapitel gewidmet, zumal er in vielen Fällen gemeinsam mit dem Kreisleiter der NSDAP Erich Friedrich Oldesloe zu einer Hochburg der NSDAP im Kreis Stormarn ausbaute. Zu den Akteuren des Nationalsozialismus gehörten die Parteimitglieder, vor allem der jeweilige Ortsgruppenleiter der NSDAP und die Mitglieder der NS-Frauenschaft und der Jugendorganisation der HJ. In den diesen Gliederungen der NSDAP gewidmeten Artikeln wird gezeigt, wie es der Partei gelang, in so wichtige Bereiche wie die Jugenderziehung, aber auch die traditionell weibliche Fürsorgearbeit einzudringen und alle Konkurrenten zu verdrängen.

In den Jahren 1933 und 1934 eroberten und sicherten die Nationalsozialisten ihre Macht. Dieser Prozess wird für Oldesloe nachgezeichnet: die »Gleichschaltung« der Verwaltung, von Vereinen und Verbänden, die Ausschaltung der bürgerlichen Vereine und vor allem die Verfolgung von KPD, SPD und Gewerkschaften wird behandelt. Gleichzeitig wird der Frage nachgegangen, welche bürgerlichen Förderer des Nationalsozialismus von ihrem früheren Engagement profitieren konnten, oder ob eine gänzlich neue »Elite« die Herrschaft in der Stadt übernahm.

Neben die Gewalt, mit der die Gegner ausgeschaltet und die Macht gesichert wurde, trat ein Versprechen, das einem Teil der Bürger gemacht wurde: Die »Volksgemeinschaft«. Die Idee einer in »Einheit« verbundenen Gemeinschaft hatte bereits in der Weimarer Republik Konjunktur, wurde nun aber ausgebaut und zum Leitthema gemacht. Die »Volksgemeinschaft« basierte auf der Utopie einer Sozialgemeinschaft ohne Klassen- und Interessengegensätze und einer auf völkischen Grundsätzen beruhenden, »rassisch« reinen »Blutsgemeinschaft« als deutsche Nation. Das Ziel war eine sozial angepasste, ideologisch homogene, hierarchisch auf einen »Führer« ausgerichtete Gesellschaft. Durch die Schaffung eines Stroms von Gemeinschaftserlebnissen in Festen (z. B. dem 1. Mai), Großkundgebungen u. ä. sollte emotionale Bindung erzeugt und erhalten werden. Darüber hinaus sicherten »Erfolge« des NS-Regimes wie die Verringerung der Arbeitslosigkeit, die Fürsorgepolitik und die Urlaubsreisen, die die NS-Gemeinschaft »Kraft durch Freude« anbot, die Zustimmung. Die Kehrseite der propagierten völkischen und rassistischen Gemeinschaft war der Ausschluss der nicht in diese Kategorien passenden Menschen. Juden, Sinti und Roma, unheilbar Kranke und als »asozial« eingestufte Menschen, die die Gemeinschaft »belasteten«, hatten keinen Anteil an den »Erfolgen« und Wohltaten des Regimes. Sie wurden bis zur letzten Konsequenz in den Euthanasiestätten und den Konzentrationslagern ermordet und aus der »Volksgemeinschaft« ausgeschieden.

Die Aggression und die zunehmende Radikalisierung des NS-Regimes zeigten sich im Angriffskrieg, der mit dem Ziel der Eroberung von »Lebensraum« im Osten und der Ausmerzungen der dortigen Bevölkerung geführt wurde. In Oldesloe erhielt der Krieg sein Gesicht mit dem Verschwinden der jüdischen Bevölkerung, dem Erscheinen von Fremd- und Zwangsarbeitern, deren Lager in der Stadt unübersehbar waren, in den

Todesnachrichten der gefallenen Männer und schließlich im Bombenhagel und dem Zuströmen zunächst der Hamburger Bombengeschädigten und dann der Flüchtlingstrecks aus dem Osten.

Um diese Fragen untersuchen und wenn möglich beantworten zu können, zeigt sich das in den Archiven vorliegende Quellenmaterial bei genauerem Hinsehen als erstaunlich vielfältig und anschaulich. Trotz gezielter Vernichtung (z. B. der Partei-, Polizei- und Gerichtsakten), trotz eines Mangels an Quellenmaterial zur Arbeiterbewegung, zu den Vereinen und Verbänden, ist das in verschiedenen Betreffen im Stadtarchiv Bad Oldesloe erhaltene Material doch umfangreich genug, um eine Geschichte der Stadt »unter dem Hakenkreuz« zu schreiben. Dazu trägt nicht unerheblich eine Auswertung des bis 1943 erschienenen »Oldesloer Landboten« mit seiner Beilage »Das Dritte Reich« bei. Ebenso wichtig waren Quellen aus dem Landesarchiv Schleswig, dem Stadtarchiv Lübeck, dem Staatsarchiv Hamburg und dem Kreisarchiv Stormarn.

Bad Oldesloe, die kleine Stadt im nördlichen, eher ländlich geprägten Teil Stormarns, nahm in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus keine Sonderrolle ein. Weder die revolutionäre Umbruchphase nach dem verlorenen (Ersten) Weltkrieg, noch die Machtübernahme der Nationalsozialisten nahmen einen spektakulären Verlauf. Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung gelang, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, die Mehrheit der Bevölkerung passte sich an. So lässt sich am Beispiel Oldesloes zeigen, wie in der krisengeschüttelten, zunehmend ungeliebten Weimarer Republik eine Partei heranwachsen konnte, die schlagkräftig, brutal und entschlossen, mit einem charismatischen Führer an der Spitze und ohne ihre Ziele zu verheimlichen, die Republik vernichten, eine Diktatur errichten und bis zum bitteren Ende auf Zustimmung, jedenfalls nicht auf breiten Widerstand, rechnen konnte. Dies zu zeigen ist Aufgabe dieses Buches. Die Literatur für beide Zeiträume ist – betrachtet man die allgemeine Entwicklung in Deutschland – unübersehbar umfangreich. Ganz anders sieht es jedoch aus, wenn die Stadt Bad Oldesloe ins Blickfeld genommen wird. Die Weimarer Republik spielt in der lokalen Geschichtsschreibung keine Rolle. Friedrich Bangerts »Geschichte der Stadt und des Kirchspiels Oldesloe« endet mit dem Beginn der preußischen Zeit.<sup>2</sup> Hier knüpfte Hans-Jürgen Perrey mit seinem 1993 erschienenen Buch »Stormarns preußische Jahre« an.<sup>3</sup> Die Weimarer Republik und der in ihr zunehmende Antisemitismus war Untersuchungsgegenstand in einer Geschichte der Juden in Bad Oldesloe<sup>4</sup> und in einer Publikation zur Oldesloer Badgeschichte.<sup>5</sup> Die erste Oldesloer Stadtverordnete Anne Vagt, die 1919 auf einer Frauenliste gewählt wurde, würdigt ein Aufsatz von 2014.<sup>6</sup> Eine zusammenfassende Überblicksdarstellung fehlte bislang.

Dies gilt auch für die Jahre des »Dritten Reiches«, dessen Wahrnehmung hauptsächlich durch den Bombenangriff auf die Stadt vom 24. April 1945 geprägt ist.<sup>7</sup> Alljährliche Gedenkveranstaltungen halten die Erinnerung wach. Die politischen und rassistischen Opfer des Nationalsozialismus kamen erst später in den Blick. Klaus Klingner veröffentlichte zwei Aufsätze zur ersten Phase des Nationalsozialismus.<sup>8</sup> Schulen übernahmen es in den achtziger Jahren, Zeitzeugengespräche in Oldesloer Altenheimen zu führen. Ende der neunziger Jahre folgte das Kreisarchiv mit dem Projekt »Stormarner Lebensläufe«. Eine Schülergruppe des Copernicus-Gymnasiums in Norderstedt forschte über Zwangs-

arbeiter auf dem Gut Altfresenburg und veröffentlichte eine kleine Dokumentation.<sup>9</sup> Im Jahr 2000 erschien eine Fallstudie zu einem Opfer der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, dem Zeugen Jehovas Hans Wöltje, für den 2010 ein Stolperstein verlegt wurde.<sup>10</sup> Eine Diplomarbeit entstand zur Geschichte der Feste im Nationalsozialismus,<sup>11</sup> ein Aufsatz widmete sich einem »Kriminalfall« aus Postunterschlagung und Schwarzschlachtung.<sup>12</sup> Barbara Günther erforschte die Geschichte der Zwangs- und Fremdarbeiter im Kreis Stormarn<sup>13</sup> und Hartmut E. Arras widmete eine Studie der Biographie seines Vater Erwin Arras, der u. a. als Pressewart der Partei von 1932 bis 1936 in Oldesloe wirkte.<sup>14</sup> Der Nationalsozialismus erscheint also vornehmlich als Geschichte des Krieges (mit der Stadt Oldesloe als Opfer) und der Verfolgten des NS-Regimes. Und in der Tat: Durch die Flüchtlingsströme aus dem Osten verdoppelte Oldesloe seine Bevölkerungszahl am Ende des Krieges annähernd. Am Stichtag 31. März 1946 lebten 14 303 Menschen in der Stadt, davon waren 7267 Evakuierte, Flüchtlinge und Umquartierte bei 7036 Einheimischen.<sup>15</sup> Sowohl in diesen Zahlen wie an den rund 700 Todesopfern des Bombenangriffs vom 24. April 1945 kristallisiert sich die Katastrophe heraus, die die Jahre von 1933 bis 1945 auslösten.

## 2. Bad Oldesloe in der Zeit der Weimarer Republik

---

### 2.1. Die revolutionäre Entstehungsphase der Weimarer Republik

Am 11. November 1918 endete der Erste Weltkrieg im Wald von Compiègne mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens durch eine von Matthias Erzberger angeführte deutsche Delegation. Die Oberste Heeresleitung (OHL) hatte es vermieden, trotz absehbarer Niederlage die Verantwortung für diese Entwicklung zu übernehmen, und wollte unbedingt vermeiden, selbst das Waffenstillstands- und Friedensersuchen an die Entente zu richten.<sup>16</sup> Nur so ließ sich die Legende vom »Dolchstoß« in den Rücken des an der Front unbesiegten Heeres erzählen. General Wilhelm Groener formulierte diese Strategie in aller Offenheit: »Die Heeresleitung stellte sich bewußt auf den Standpunkt, die Verantwortung für den Waffenstillstand und alle späteren Schritte von sich zu weisen. (...) Es kam mir (...) darauf an, die Waffe blank und den Generalstab für die Zukunft unbelastet zu erhalten.«<sup>17</sup>

Die Verantwortung übernahm eine zivile Regierung. Am 3. Oktober wurde Prinz Max von Baden zum Reichskanzler eines von ihm gebildeten Kabinetts ernannt. An der Regierungsbildung beteiligten sich die Mehrheitsparteien (SPD, Zentrum, Fortschrittspartei), der Bevollmächtigte der Obersten Heeresleitung und der Chef des Zivilkabinetts des Kaisers.<sup>18</sup> Bereits am 2. Oktober war die Regierung von der OHL über die dramatische militärische Lage informiert worden. In der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober erging ein Waffenstillstandsangebot an den amerikanischen Präsidenten Wilson. Wilson hatte schon am 8. Januar 1918 ein vierzehn Punkte umfassendes Programm für einen künftigen Weltfrieden vorgelegt, der die Hoffnung auf einen verhältnismäßig milden Friedensvertrag für Deutschland nährte.<sup>19</sup> Wilsons Programm enthielt aber Vorbedingungen: die Abtretung Elsass-Lothringens und großer Teile der preußischen Ostgebiete sowie die Räumung aller besetzten Gebiete. Die Bevölkerung traf das Eingeständnis der Niederlage zwar unvorbereitet, aber sie war größtenteils kriegsmüde und wollte ein schnelles Ende des Krieges.<sup>20</sup> Die Waffenstillstandsverhandlungen zogen sich hin, immer lauter wurde der Ruf nach Abdankung des Kaisers, gerade auch um bei »dem liberalen Demokraten Wilson« die Chancen für den erhofften milden Frieden zu erhöhen.<sup>21</sup> Bei den Verhandlungen konnten die Interessen von Parlamentsmehrheit und OHL jedoch unterschied-

licher nicht sein: die Krone und besonders die OHL, die bisher keiner parlamentarischen Kontrolle unterzogen gewesen war, wollten sich im Oktober 1918 der zivilen Reichsleitung nicht unterordnen.<sup>22</sup>

Am 23. Oktober 1918 forderte Wilson ultimativ eine »Systemänderung« der deutschen Regierung, ansonsten gäbe es keine Friedensverhandlungen, sondern nur eine Kapitulation. Die OHL rief daraufhin zu einer Fortsetzung des Krieges auf: Die Seekriegsleitung ordnete gegen den Willen der Reichsregierung noch einen Flottenvorstoß in die Nordsee an. Damit unterlief die OHL Entscheidungen der Reichsregierung. Max von Baden setzte die Entlassung des Generals Erich Ludendorff durch. Gemäß der Forderung Wilsons wurde nun das »in seinen letzten Atemzügen liegende Kaiserreich« noch in eine konstitutionelle Monarchie umgeformt.<sup>23</sup>

Am 29. Oktober 1918 kam es zu ersten Befehlsverweigerungen von Marinesoldaten, als die Seekriegsleitung im Zuge der geplanten »Gegenoffensive« zum Waffenstillstandsprozess beschloss, die Hochseeflotte auslaufen zu lassen. Matrosen verweigerten auf den Schiffen die Befehle, sie wollten nicht Opfer einer sinnlosen »Todesfahrt« werden.<sup>24</sup> In Wilhelmshaven und Kiel wurden meuternde Matrosen festgenommen, es kam zu massenhaft besuchten Demonstrationen, die militärische Leitung war nicht mehr Herr der Lage. Am Abend des 4. November befand sich Kiel in den Händen der aufständischen Matrosen und Soldaten.<sup>25</sup> Von hier griff der Aufstand schnell um sich: Am 6. November erreichte er u. a. Hamburg und Lübeck. Es handelte sich nach Kolb um keine von revolutionären Zirkeln geplante Umsturzbewegung, sondern um eine spontane Bewegung der kriegsmüden Massen, die eine sofortige Beendigung des Krieges wollten.<sup>26</sup> Den meuternden Soldaten schlossen sich die revolutionären Arbeiter an. Von ihnen kam das »Organisationsprinzip, um die einmal gewonnene Macht konsolidieren und ausbauen zu können: das Rätemodell«.<sup>27</sup>

Am 9. November 1918 erklärte Prinz Max von Baden den Rücktritt Wilhelms II. und des Kronprinzen und übergab Friedrich Ebert von den Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) das Amt des Reichskanzlers.<sup>28</sup> Am gleichen Tag rief Philipp Scheidemann, ebenfalls von der MSPD, gegen den Willen Eberts die Republik aus. Einen Tag später bildete sich auf Initiative und Druck der »Revolutionären Obleute« in der Berliner Arbeiterschaft ein Arbeiter- und Soldatenrat, der Mitsprache bei der Regierungsbildung forderte.<sup>29</sup> Ebert verzichtete unter dem Druck der Ereignisse auf ein sozialistisch-bürgerliches Koalitionskabinett, stattdessen bildete sich am 10. November eine provisorische Reichsregierung, der »Rat der Volksbeauftragten« aus MSPD und USPD-Mitgliedern. Die MSPD verstand sich als Ordnungskraft. Richtschnur des Handelns der führenden Sozialdemokraten wurde es, da die Revolution nun einmal ausgebrochen war, sie »zu bändigen und sicherzustellen, dass sie nicht (...) in Chaos und Bürgerkrieg umschlug«.<sup>30</sup> So erstrebte die übergroße Mehrheit der Räte, die Kolb als »Repräsentanten einer breiten Volksbewegung« sah, nicht ein Räteystem nach russischem Vorbild, sondern trat für eine schnelle Wahl zur Nationalversammlung ein.<sup>31</sup> Oder wie es Winkler bilanzierte: »Für die große Mehrheit der Deutschen verband sich mit der Republik die Hoffnung auf einen gerechten Frieden und einen innenpolitischen Neuanfang.«<sup>32</sup>

*Der Arbeiter- und Soldatenrat in Bad Oldesloe*

Am 6. November 1918 rief der »Oldesloer Landbote« zur »inneren Einheit und Geschlossenheit« auf: die »Kieler Ereignisse« seien »überaus beklagenswert« und die »Männer auf der äußersten Linken« wurden aufgefordert, sich hinter die Regierung zu stellen und »allen bolschewistischen Treibereien entgegenzutreten«. <sup>33</sup> Einen Tag später wurde über die »Vorgänge in Lübeck« berichtet, wo die Macht auch in die Hände des Soldatenrats übergegangen war. Trotz allem war der »Zugverkehr planmäßig, Ruhe und Ordnung wurden gestern überall gewahrt«. <sup>34</sup> Und ebenso zogen die »neuen Verhältnisse (...) mit vollkommener Ruhe« in Oldesloe ein. »Das Leben auf der Straße verläuft wie sonst«, berichtete der »Landbote« am 11. November 1918. <sup>35</sup> Und das, obwohl bereits am 8. November der Lübecker Soldatenrat die Oldesloer Bahnkommandantur besetzt und eine Versammlung in das »Hotel Stadt Lübeck« einberufen hatte. Die Versammlung wählte einen Oldesloer Arbeiter- und Soldatenrat (wobei sich der Soldatenrat bald auflöste, weil in der Stadt keine Soldaten stationiert waren), in dem die MSPD die Mehrheit stellte. Zum Vorsitzenden wurde Richard Kählich gewählt. <sup>36</sup> Wie in der Mehrzahl der Räte hatte auch in Oldesloe der Spartakusbund keinen Einfluss. Die Mitglieder wurden durch Wahl von Delegierten bestimmt und der Rat spiegelte die politische Orientierung der Arbeiterschaft vor Ort, die mehrheitlich hinter der MSPD stand.

Anfang November erreichte die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten ein Telegramm der Preußischen Regierung, in dem klargelegt wurde, dass die Soldaten- und Arbeiterräte nicht an die Stelle der gewählten Stadtverordnetenvertretungen treten sollten. Ein solches Vorgehen würde den »ruhigen Vorgang der Volksernährung, Unterstützung bedürftiger Familien, Krankenfürsorge und alle sonstigen kommunalen Aufgaben« aufs höchste gefährden. Bis zu den Neuwahlen sollten die alten Gemeindevertretungen im Amt belassen werden. <sup>37</sup> In Oldesloe blieb der schon vor dem Krieg eingesetzte Bürgermeister Herbert Müller im Amt. Allerdings war die Zusammenarbeit zwischen Räten und alten Gemeindevertretern nicht immer reibungslos. Ende November 1918 veröffentlichte der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats des Kreises Stormarn im Kreisblatt eine Bekanntmachung, in der festgestellt wurde, dass »reaktionäre Regierungsgewalten vielerorts bestrebt (sind), ihre Tätigkeit nach altem System fortzusetzen«. <sup>38</sup> Zwar habe ein Erlass der preußischen Regierung alle Regierungspräsidenten und Landräte ermächtigt, ihr Amt weiterzuführen.

»Dies ist jedoch nur so zu verstehen, dass ihre Amtsführung unter schärfster Kontrolle durch die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte erfolgt. Alle Landräte und sonstigen Beamten, die ihre Amtstätigkeit nach dem alten System fortsetzen oder gegenrevolutionäre Bestrebungen bezeigen oder unterstützen, sind durch den zuständigen Arbeiter- und Soldatenrat unverzüglich abzusetzen. Unbedingt sind allen Landrathsämtern Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte beizuordnen, denen die ständige Überwachung aller Maßnahmen obliegt. Offener Widerstand ist gegebenenfalls mit Waffengewalt zu brechen.« <sup>39</sup>

In Oldesloe kam es zu zunächst zu keiner Eskalation im Verhältnis zwischen Arbeiter- und Stadtvertretung. »Der Zweck des Arbeiter- und Soldatenrates ist die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe. Zivil- und Gerichtbehörden bleiben bestehen, oberste Behörde für die Stadt Oldesloe ist der Arbeiter- und Soldatenrat, der Sitz desselben ist das Hotel Stadt Lübeck«, hieß es im »Landboten«, der damit scheinbar die Führungsposition des Rates anerkannte.<sup>40</sup> Um seine Kontrollfunktion ausüben zu können, verlangte der Arbeiterrat von der noch nach dem alten Dreiklassenwahlrecht gewählten Stadtregierung die Ablösung des Stadtrats Johannes Ströh als Leiter der Versorgungsstelle, der Lebensmittel-Kommission und des Schlachtbezirks, denn der Arbeiterrat beanspruchte die Kontrolle über diese Aufgabenfelder für sich.

Die Bedeutung von »Ordnung« betonte auch ein sozialdemokratischer Stadtverordneter aus Altona, der als Redner auf einer Volksversammlung Ende November 1918 im Hotel »Tivoli« auftrat: »Die Sozialdemokratie hat zur Zeit das Ruder der Regierung in der Hand. Ein anderes System soll aufgerichtet werden. Ein Aufatmen geht durch das deutsche Volk, dass die alten Gewalten beseitigt sind. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind ein Provisorium; die Nationalversammlung wird in Kraft treten.« Aus dem Publikum kamen Bravo-Rufe.<sup>41</sup>

Um seine Aufgaben (Unterbindung von Schleichhandel, Kontrolle über die Lebensmittelbetriebe, Durchsuchungen und Beschlagnahmungen auf der Suche nach Diebesgut und illegalen Schlachtungen) erfüllen zu können, standen dem Arbeiterrat polizeiliche Hilfskräfte zur Verfügung. Ende November waren dies »zwei Mann (ehemalige Soldaten) zur Kontrolle auf dem Bahnhof (...), die event. auch zum Sicherheitsdienst in der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Im übrigen« – so Bürgermeister Herbert Müller an den Arbeiter- und Soldatenrat des Kreises in Wandsbek – »genüge die in Fresenburg stationierte Patrouille«. <sup>42</sup> Aktenkundig sind einige Fälle, bei denen der Arbeiterrat eingreifen musste. Über die Beschlagnahmungen auf dem Bahnhof und auf den umliegenden Dörfern berichtete der »Oldesloer Landbote« regelmäßig. Zu den beschlagnahmten Waren gehörten Fleisch, Milch, Butter, Käse, Mehl.<sup>43</sup> Aus Eisenbahnwagen wurden Kartoffeln gestohlen<sup>44</sup> und auch bei Diebstählen von Hühnern, Schafen und Kälbern musste ermittelt werden.<sup>45</sup> Außerdem gab es »Schiebereien« mit Mehl<sup>46</sup> und Eiern.<sup>47</sup> Für viel Aufsehen sorgte die Stilllegung einer Meierei in der Ratzeburger Straße. Bereits im Juni berichtete der Arbeiterrat über eine »größere Butterschiebung«: Butter war als »Weichkäse« deklariert worden und sollte nach Hamburg verschickt werden, wurde aber beschlagnahmt und der Versorgungsstelle in Oldesloe zugeführt.<sup>48</sup> Im September wurde die Meierei zwangsweise geschlossen.<sup>49</sup>

Um gegen die durch die Lebensmittelnot zunehmende Kriminalität, möglichen bewaffneten Aufruhr, Plünderung und Bandendiebstahl vorgehen zu können, wurde im März 1919 vom Regierungspräsidenten angeregt, in Kleinstädten zum Selbstschutz der Bevölkerung sogenannte Einwohnerwehren zu gründen. Nach den »Bestimmungen über die Errichtung von Einwohnerwehren« hatten sich die Mitglieder bei ihrem »Eintritt durch Handschlag zu verpflichten, der republikanischen Staatsform und der vom Volke gewählten Regierung ihre treuen Dienste zu widmen und die vom Volke gegebenen Gesetze und die öffentliche Ordnung nötigenfalls mit Waffengewalt zu verteidigen«. <sup>50</sup> In einem



vertraulichen Schreiben des Landrats an die Gemeinden vom 12. Mai 1919 hieß es, dass die Arbeiterschaft den Wehren gegenüber großes Misstrauen hege. Dies galt auch für den Oldesloer Arbeiterrat, der sich gegen die Einrichtung einer Einwohnerwehr aussprach.<sup>51</sup> Im März 1919 sah sich der Oldesloer Arbeiterrat gezwungen, in der Presse noch einmal seine Aufgaben, Ziele und Befugnisse darzulegen, weil »in Oldesloe und Umgebung unrichtige Vorstellungen (bestehen), die im Interesse eines gedeihlichen Zusammenarbeitens zwischen Arbeiterrat, Behörden und Einwohnern der Aufklärung bedürfen«, wie es in der Stellungnahme hieß.<sup>52</sup> Die Arbeiterräte bestünden so lange, bis »die Errungenschaften der Revolution in einer neuen Staatsordnung fest verankert sind. Sie stützen sich auf die sozialdemokratische Partei (...).« Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe – weiterhin die Hauptaufgabe des Rates – gehörten demnach auch die Polizeiverfügungen über die Sparsamkeit im Gasverbrauch, um den Verbrauch von Kohlen möglichst einzuschränken, die Festsetzung der Polizeistunde und die Begrenzung von Vergnügungen und Tanzveranstaltungen. »Leider«, so der Arbeiterrat, »hat sich die sogenannte »bürgerliche Bevölkerung« über diese Verordnungen in letzter Zeit hinweggesetzt und dadurch den Arbeiterrat zu strenger Bestrafung dieser Übertretung veranlasst; es zeugt dieses Verhalten von einer oberflächlichen und leichtfertigen Auffassung der tiefsten Lage unseres Vaterlandes.« Es gelte, die »vielfachen sozialen Missstände, soweit überhaupt möglich, abzustellen.«<sup>53</sup> In der Stadt kursierten Gerüchte über eine angeblich außerordentlich hohe Besoldung der Arbeiterräte. Ihnen trat Bürgermeister Müller in der letzten Sitzung des alten Stadtparlaments entgegen: Den fünf Mitgliedern des Arbeiterrats im Parlament würde nur der Verdienstausschuss ersetzt.<sup>54</sup>

Am 30. März 1919 wurde der Arbeiterrat neu gewählt. Wahlberechtigt waren Arbeitnehmer, deren Arbeitslohn jährlich 10 000 M nicht überstieg. Nach der Wahl, zu der nur die »Liste Hector« kandidierte, wurde Fritz Hector zum Vorsitzenden gewählt. Zum ersten Mal waren nun auch zwei Frauen Arbeiterratsmitglieder: Frau Peper und Frau Kock, beide arbeiteten für den Rat in der Preisprüfungskommission. Weitere Kommissionen hatten die Überwachung gewerblicher Betriebe zur Aufgabe und eine andere nahm an den Magistratssitzungen teil. Letztere bestand aus dem Vorsitzenden Hector und dem Lokomotivführer Lorenzen.<sup>55</sup>

Nach der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 und den Wahlen zur preußischen Landesversammlung am 26. Januar 1919 waren die Tage der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte gezählt. »Diese frühen Räte hatten sich zunächst nur als Platzhalter künftiger Volksvertretungen betrachtet«, beschrieb Winkler das Problem. »Als die Parlamente zusammentraten, war jedoch eine der wichtigsten Aufgaben, die sich die Räte gestellt hatten, noch ungelöst: die Demokratisierung von Militär und ziviler Verwaltung.«<sup>56</sup> Um dieses Ziel zu erreichen, verlangten auch gemäßigte Arbeiterräte im Frühjahr 1919 eine dauerhafte Absicherung ihrer Rechte durch die Verfassung. Doch »eine solche Doppelherrschaft von örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten einerseits, demokratisch gewählten Gemeinde- und Kreisräten andererseits verbot sich jedoch schon aus finanziellen Gründen.«<sup>57</sup> So weigerten sich in Preußen nach den Landtagswahlen 1920 viele Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen, den örtlichen Räten noch Geld zu bewilligen.

Auch in Oldesloe wurde der Widerstand gegen den Arbeiterrat, der dem Volksrat der Provinz Schleswig-Holstein unterstand, größer. Im Mai 1919 fragten Mitglieder des Beamtenrats (Kossack, Peters und Pochat) nach der Finanzierung der Mitglieder des Arbeiterrates und wo sie eingesetzt würden. Der Magistrat schilderte ausführlich die Arbeitsgebiete: An den Sitzungen des Magistrats nahmen zwei Mitglieder des Arbeiterrates teil. Fritz Hector war als Vertrauensmann vom Arbeiterrat dauerhaft der Verwaltung angegliedert und erhielt dafür den entgangenen Arbeitsverdienst. Der Polizei waren sechs Mann als Hilfsorgan angegliedert, auch sie erhielten den entgangenen Arbeitslohn. Ausdrücklich wurde festgestellt, dass »von einer willkürlichen Handlungsweise« des Arbeiterrates bei Durchsuchungen und Beschlagnahmungen und »einer dadurch begründeten Beunruhigung des Publicums« nicht gesprochen werden könne.<sup>58</sup>

In den Akten findet sich ein anonymes Schreiben, unterzeichnet mit »Einer für alle«, in dem denunziatorisch gefragt wurde: »Besitzt der Herr Bürgermeister als Stadtoberhaupt (...) selbst nicht so viel Energie, den Arbeiterrat, resp. Hektor + Genossen aus der Stadtverwaltung auszuweisen, so wird die Stadtvertretung die Sache selbst in die Hand nehmen.«<sup>59</sup> Zwar beschloss man in den städtischen Kollegien auf Antrag von Dr. Bullerdieck, anonyme Schreiben in den Papierkorb zu entsorgen, doch Müller wandte sich im Juli 1919 an den Beigeordneten beim Regierungspräsidenten Eduard Adler in Schleswig und schrieb, dass es nach der Neuwahl des Magistrats keine Begründung für das Fortbestehen des Arbeiterrates gebe und in der Bürgerschaft eine entsprechende Stimmung herrsche.<sup>60</sup> Adler widersprach: mindestens bis zur Neuwahl des Magistrats – was in Oldesloe erst im Oktober 1919 der Fall war – sollten die Räte fortbestehen.<sup>61</sup> Tatsächlich schied der Vertreter des Arbeiterrates, Fritz Hector, im September aus der Stadtverordnetenversammlung aus. Der »Oldesloer Landbote« fand sogar lobende Worte für seine Arbeit: »In erster Linie war der Vertreter Vertrauens-Instanz der werktätigen Bevölkerung und hat in den verflossenen Monaten viel zur Aufklärung und Beruhigung der Bevölkerung beigetragen.«<sup>62</sup> Die letzte nachweisbare Sitzung des Arbeiterrates fand am 22. September 1919 statt, dann löste er sich auf.<sup>63</sup>

### *Bürgerliche Räte und Interessensverbände*

Neben den Arbeitern organisierten sich auch Vertreter bürgerlicher Interessensgemeinschaften. Dies galt sehr früh für die Beamten, die von der preußischen Regierung am 14. November 1918 aufgefordert wurden, sich nach dem Vorbild der Arbeiterräte zusammenzuschließen. Der Oldesloer Beamtenrat wurde am 18. November 1918 gegründet und vier Mitglieder in den Arbeiterrat entsandt. Nach diesem Beispiel schlossen sich auch die Innungen, Kaufleute, Gastwirte und sonstigen freien Berufe zusammen. Ein entsprechender Versammlungsaufruf richtete sich – dies war ein neuer Ton – ausdrücklich an Männer und Frauen!<sup>64</sup> Im Versammlungsbericht hieß es: »Die Versammlung, die gestern Abend im Tivoli sich mit dieser Wahl beschäftigte, war sehr zahlreich besucht; auch viele Frauen und junge Mädchen nahmen an der Versammlung teil, ein erfreuliches Zeichen, dass auch die Frauenwelt sich ihrer neuen politischen Rechte bewusst geworden ist

und von ihnen Gebrauch machen wird.«<sup>65</sup> Der Kaufmann Henry Hirsch leitete die Versammlung und wies auf die Notwendigkeit hin, dass sich auch der Mittelstand eine Interessensvertretung gebe. Rechtsanwalt Krueger hielt die Grundsatzrede und sprach von der Schwierigkeit, sich in die neuen Verhältnisse zu fügen. Doch müsse sich der Mittelstand heute nach links orientieren.

»Der Vorteil der politischen Umwälzung sei zunächst, dass der Friede gesichert ist. (...) Zu hoffen sei, dass die radikale Richtung der Sozialdemokratie nicht ans Ruder komme. (...) Redner berührte das Programm der neuen Regierung. Für die Vergesellschaftung von Fabriken könnten nur große Fabriken in Frage kommen. Die Aufteilung des Großgrundbesitzes werde dem Lande von Segen sein, so sei es beispielsweise für Oldesloe wirtschaftlich wertvoller, von einem Kranz blühender Dörfer, als von großen Gütern umgeben zu sein. Die Aufhebung der Zensur für Presse und Theater sei zu begrüßen. Mit dem Militarismus verschwinde der Unteroffiziersgeist (...). Das Frauenstimmrecht sei von großer Bedeutung. (...) Die Arbeiterschaft von Oldesloe habe Demokratie geübt, als sie Vertreter der Beamtenschaft in den Arbeiter- und Soldatenrat aufgenommen habe; auch der Mittelstand werde einen Vorschlag machen, damit er eine Vertretung im Arbeiter- und Soldatenrat erhalte.«<sup>66</sup>

In den Rat – der sich Wirtschaftsrat nannte – wurden Vertreter aller Interessensverbände gewählt. Die Mitglieder kamen aus unterschiedlichen bürgerlichen Lagern. Soweit das nachweisbar ist, gehörte der Vertreter der Schneider-Innung, Karl Rohde, an prominenter Stelle der DNVP an, während der Vertreter der Schlachter-Innung, Rudolf Starck, ebenso wie Henry Hirsch Mitglied der DDP war. Zum ersten Mal begegnet hier auch als Vertreter des Handwerkerbundes der Bürstenfabrikant Jäger, der später zu den »alten Kämpfern« der NSDAP zählen sollte. Als Vertreter des Wirtschaftsrats wurden die Herren Krueger, Hirsch und Starck in den Arbeiterrat entsandt.

Der »Oldesloer Landbote« kommentierte die Gründung des Wirtschaftsrates durchaus wohlwollend. In einem längeren Artikel wird die Stimmung so kurz nach der Revolution eingefangen. Deutlich wird in ihm bereits die Sehnsucht nach »Einigkeit«, die dem Parlamentarismus entgegengesetzt wurde.

»Nun gibt es in unserer Stadt außer dem Arbeiter- und Soldatenrat auch einen Beamtenrat und seit der Freitagsversammlung im Tivoli wohl auch einen Wirtschaftsrat. Unsere sonst so friedlichstille Bürgerschaft in drei Lager getrennt! So muß es dem oberflächlichen Betrachter erscheinen, was sich da innerhalb einer kurzen Woche ab- und zusammengeschlossen hat. Daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft schon seit langen Jahren sich zusammenhält und unbeirrt ihren immer kämpfenden Führern folgt, erklärt sich aus der ablehnenden Stellung, die sie von jeher dem eben gestürzten Hoheitsstaat, seinen Führern und Einrichtungen gegenüber einnahm. In demselben Augenblick, in dem die versinkende Kaisermacht den Führern der beiden großen sozialdemokratischen Gruppen, Ebert (MSPD, S.Z.) und Haase (USPD, S. Z.) das Regierungsszepter in der zugreifenden Hand zurückließ, in demselben Augenblick

regierte in jeder Stadt der Arbeiter- und Soldatenrat. Die neue Regierung weiß, dass sie die Beamten des alten Staates mit ihrer treuen und gewissenhaften Arbeit braucht, wenn ›unser Volk nicht der Anarchie und dem schrecklichen Elend preisgegeben werden soll‹ (Eberts Worte). Die Beamten tun ihre Pflicht, auch im Volksstaate! Erst recht im Volksstaate! Ihr neues gutes Recht, sich zu mächtiger und achtungsfordernder Einheit zusammenschließen zu können, nutzen sie aus. Auch in unserer Stadt haben sich alle Beamtengruppen und -klassen zu einem Beamtenverband vereinigt. Sie lassen sich durch ihren Beamtenrat vertreten. Das Neue, was die Umwälzung und Neuordnung des staatlichen Lebens für alle Staatsbürger mit sich gebracht hat, soll auch für die Beamten nutzbar gemacht werden.«

Dann:

»Alles gedeiht nur, wenns Vaterland blüht; wenn seine Wurzeln auch dich umklammern; wenn du mit allen deinen andern Mitbürgern und Volksgenossen an einem Strange ziehst. So darf denn auch in der noch nicht organisierten Bürgerschaft kein Bürgerkrieg ausbrechen, mit den Losungen: hier Innungen, dort Handwerkerbund; hier Kleinbetrieb, dort Großbetrieb. Nur der enge Zusammenschluß (...) ist in diesem Sinne zu begrüßen. Aber kein Bürgerausschuß bilde sich! Bürger sind sie alle. (...) Ein Wirtschaftsrat geselle sich zum Arbeiter- und Soldatenrat und zum Beamtenrat! Und diese drei beraten gemeinsam, was unserem lieben Oldesloe zum Besten diene! Mit vereinter Kraft wehren sie dann auch der Anarchie, die im Dunkeln schon in unserer Nachbarstadt zu putschen versucht.«<sup>67</sup>

Der erste Vorsitzende des Oldesloer Wirtschaftsrates wurde Henry Hirsch. Zusammen mit dem Vorsitzenden des Arbeiterrates Fritz Hector nahm er am 10. Januar 1919 an der Gründungsversammlung eines Verbandes der Bürger-, Bauern- und Wirtschaftsräte in Neumünster teil. Der Oldesloer Wirtschaftsrat nannte sich in Wirtschaftsverband um. Aber anders als der »Landbote« es sich wünschte, brachten die rechtsgerichteten Parteien im Mai 1919 einen »Bürgerrat« in Opposition zu den Arbeiterräten ins Gespräch. Unter der Leitung des DNVP-Mitglieds Justizrat Ernst Oldenburg wurde eine »nationalere« Ausrichtung gefordert, es sei wichtig, dass »das ganze Volk in nationalen Fragen wieder als ganzes fühle, sich auf sein Deutschtum besinne«.<sup>68</sup> Oldenburg behauptete, der Wirtschaftsverband sei nicht die Vertretung der Bürgerschaft. Eine Kommission aus den Herren Pastor Engelke, Stadtrat und Fabrikbesitzer Wex sowie Reimann wurde gebildet, die mit dem Wirtschaftsverband über eine Umbenennung und »Umbildung auf breiterer Basis« verhandeln sollten.<sup>69</sup> Zwar wurde auf einer Versammlung des Wirtschaftsverbandes die Umwandlung in einen »Bürgerrat« beschlossen,<sup>70</sup> aber nicht alle Mitglieder des Wirtschaftsverbandes trugen diese Entscheidung mit. Besonders der Handwerkerbund war dagegen. Seine Argumente setzten sich durch: der Wirtschaftsverband blieb als Interessensverband der selbständigen Berufe unter Ausschluss der Beamten bestehen und schloss sich dem Schleswig-Holsteinischen Wirtschaftsverband an.<sup>71</sup> Anstelle des Bürgerrats nahm der schon im 19. Jahrhundert aktive Bürgerverein seine Tätigkeit als Forum wieder auf.<sup>72</sup>

### *Versorgungsprobleme und wirtschaftliche Not*

Das Alltagsleben begann sich langsam zu normalisieren. Gewerbetreibende kehrten aus dem Krieg zurück und gaben die Wiedereröffnung ihrer Geschäfte bekannt. Beispielhaft sei hier die Anzeige des Schlachters August Henck erwähnt, der am 2. Dezember 1919 inserierte: »Aus dem Felde zurück!« Vereine trafen sich zu ihren ersten Nachkriegs-Mitgliederversammlungen, Theateraufführungen, Stiftungsfeste, Konzerte und Bälle fanden statt. In der Wolkenweher Mühle konnten Tanzlustige die neuesten Modetänze wie Tango, Foxtrott, Japp und Boston kennenlernen.<sup>73</sup> Das Kurtheater spielte den »übermühtigen Schwank ›Familie Hannemann««, der das ausverkaufte Haus aus dem Lachen nicht herauskommen ließ.<sup>74</sup> Auch das Kindervogelschießen, das im Krieg ausgesetzt gewesen war, fand im August 1919 wieder statt.<sup>75</sup>

Andererseits folgte den Hungerjahren des Krieges nun die Not der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die wichtigsten Aufgaben, die sich der Reichsregierung Ebert, wie auch der Kreisverwaltung, Stadtverwaltung und dem Arbeiterrat in Oldesloe stellten, waren die Umstellung der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft, die Eingliederung der heimkommenden Soldaten in den Arbeitsmarkt und die Versorgung der Bevölkerung u. a. mit Nahrungsmitteln, Wohnraum und Heizmaterialien. Vor allem die Kriegsversehrten und die Kriegerwitwen, aber auch die vielen Erwerbslosen litten Not. Um die demobilisierten Soldaten wieder in Arbeit zu bringen, gab es ein Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung. Es richtete dramatische Aufrufe an die Landbevölkerung, in denen es behauptete, es werde unmöglich sein, den vielen erwerbslos gewordenen Arbeitern in Industrie und Handwerk Unterkunft, Nahrung und Arbeit zu geben. »Hier muß und kann das Land helfen.«<sup>76</sup> Die Landwirte wurden aufgerufen: »Landwirte! Helft! Gebt Ihnen Arbeit!« Und an die Arbeiter: »Arbeiter! Das Land ruft Euch und braucht Euch! (...) Es gilt den Boden bis zum letzten Flecken zu bebauen. (...). Ihr werdet Arbeit finden und helft so am besten Eurem Vaterlande.«<sup>77</sup>

Von der Stadt wurden zur Arbeitsbeschaffung Notstandarbeiten angeschoben. Zu den Maßnahmen gehörten u. a. die Niederlegung der Einfriedung beim Kurhaus, der Ausbau der Lorentzenstraße, der Holzschlag im Kneeden, Brückenreparaturen, Arbeiten an der Sandgrube und Chausseearbeiten. Im April 1919 wurde gar angedacht, den Bahnhofsbereich umzugestalten und die neu zu bauenden Gebäude im »Landhausstil« zu errichten, um a) den Reisenden einen freundlicheren Eindruck von Oldesloe zu vermitteln und b) Notstandsarbeiten vergeben zu können.<sup>78</sup> Die Notstandsarbeiten trafen nicht auf allgemeine Zustimmung; so forderte der Bund der Handwerker schon im August 1919 diese Arbeiten einzustellen und stattdessen ortsansässige Handwerksbetriebe zu beauftragen.<sup>79</sup> Sie blieben aber während der gesamten Weimarer Republik (und darüber hinaus!) ein politisches Instrument zur Eindämmung von Arbeitslosigkeit. Hausbesitzer wurden aufgerufen, unbedingt notwendige Reparaturen an ihren Häusern, die während der Kriegszeit nicht ausgeführt werden konnten, nun anzugehen, um Arbeit zu beschaffen.<sup>80</sup> Wer Arbeiterbedarf anmelden wollte, hatte dies bei dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells Kählich zu tun.<sup>81</sup>

Eine weitere Kernaufgabe war die gerechte Verteilung der Lebensmittel. Die nach dem

Krieg einsetzende Inflation hatte Importe so verteuert, dass »die heimische Landwirtschaft nahezu konkurrenzlos den Agrarmarkt beherrschte« – und dies auch ausnutzte.<sup>82</sup> Um die städtische Bevölkerung zu versorgen, wurde die Zwangsbewirtschaftung der Agrarerzeugnisse nach dem Krieg nicht vollständig aufgehoben. Die Bauern mussten einen bestimmten Anteil ihrer Produkte zu festgesetzten Preisen, die unterhalb der auf dem freien Markt zu erzielenden lagen, abgeben. Der Kreis Stormarn richtete eine Verteilungskommission ein, um die Verteilung kreisweit zu steuern.<sup>83</sup> Auch die ländlichen Betriebe in Bad Oldesloe wurden verpflichtet, regelmäßig eine bestimmte Menge an Getreide an den Verteilungsausschuss für Brotgetreide, Brot und Mehl abzuliefern.<sup>84</sup> Als sich im Juli 1919 die »Vereinigung Deutscher Landwirte« gründete, die vorgeblich auf »unpolitischer Grundlage« sämtliche Landwirte organisieren wollte, war der Abbau der Zwangswirtschaft neben der Forderung, die Landwirtschaft zu stärken, weil sich Deutschland selbst ernähren müsse, eines der wichtigsten Themen.<sup>85</sup> Über die Verteilungskommission flossen Lebensmittel zurück in die Stadt, allerdings, wie in regelmäßigen Abständen beklagt wurde, nicht in ausreichender Menge. Im April 1919 fuhr eine Delegation von Vertretern des Kreises nach Berlin, um sich dort für eine bessere Versorgung des Kreises mit Mehl, Speck, Fett und Kartoffeln einzusetzen. Eine Fülle von Einzelmaßnahmen wurden gefordert, die der Stadt Oldesloe ermöglichen sollten, eigenständig z. B. Kartoffeln, Eier und Milch anzukaufen und zu verteilen.<sup>86</sup> Auch kam es zu Protestveranstaltungen. Im Januar 1920 beriefen die drei sozialistischen Parteien eine öffentliche Versammlung gegen die weiter bestehende Unterversorgung des Bezirks Oldesloe mit Fleisch und Lebensmitteln ein<sup>87</sup> und das Gewerkschaftskartell rief zu einer sehr gut besuchten Volksversammlung am 27. April 1920 auf dem Bürgerpark auf. Der Redner Kählich (SPD) schilderte die große Unruhe, die in der Bevölkerung wegen festgestellter Diebstähle und Unregelmäßigkeiten bei der Lebensmittelverteilung herrsche, und forderte, dass alles zu geschehen habe, um die Versorgung der Bevölkerung sicher zu stellen und zu verbessern. Eine völlige Aufhebung der Zwangswirtschaft sei noch nicht möglich. Die Aussprache wirkte »beruhigend« auf die aufgebrachte Menge.<sup>88</sup> Aber nicht nur die Oldesloer beschwerten sich: die Einwohner der benachbarten Gemeinde Pölitz sahen im Juli 1919 die Stadtbevölkerung bei der Zuteilung von Lebensmitteln bevorzugt. Die Versorgungsstelle I, zu der Oldesloe, aber auch Pölitz gehörte, gab demnach Fisch, Knochen u. a. vornehmlich an Oldesloer Kaufleute und nicht an die dörflichen Krämer ab. Die Pölitzer mussten also stundenlange Wege auf sich nehmen. »Es wird vermutet, daß das nur geschieht, weil man bei der Versorgungsstelle hofft, wir sollen uns durch den Weg abhalten lassen und auf die Ware verzichten, damit sie ganz den Stadtbewohnern zugute kommen kann«, schrieb die Gemeindeverwaltung. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, dass 50 Prozent der Einwohnerschaft von Pölitz Arbeiter seien, und »ein Stück Gartenland haben die Oldesloer Arbeiter ebenso gut als unsere Einwohner«.<sup>89</sup>

Verantwortlich für die Lebensmittelverteilung war vor Ort die Lebensmittelkommission. Die Abgabe wurde rationiert und durch Marken reguliert. Die Preise für die Verbraucher wurden festgesetzt und im Kreisblatt oder per Aushang bekanntgegeben.<sup>90</sup> Anzeigen im »Landboten« informierten die Einwohner über die zu verteilenden Waren: z. B. Mehl,

Marmelade, Kunsthonig, Fleisch oder Wintergemüse. Bucheckern-Sammlungen durch Schulen und Erwachsene sollten dem Speiseölmangel abhelfen und zusätzlich Verdienstmöglichkeiten schaffen. Wer 16,6 Kilo Bucheckern ablieferte, bekam 27,30 Mark und 1 Kilo Speiseöl.<sup>91</sup> Im Mai 1919 kam Mehl aus Amerika nach Oldesloe, aber weder Fett noch Speck. Diese Waren wurden weiterhin nur an solche Orte verteilt, in denen über die Hälfte der Einwohner Industriearbeiter waren (dies traf im Kreis auf die Gemeinden Schiffbek, Tondorf Lohe und Sande zu).<sup>92</sup> Auch als die wöchentliche Fleischmenge pro Kopf von der Provinzial-Fleischstelle in Altona im März 1919 auf 100 Gramm herabgesetzt wurde, waren die Orte Schiffbek und Sande ebenso wie die Berufsstände der Eisenbahner und Binnenschiffer davon ausgenommen.<sup>93</sup>

Besonders gravierend war der Mangel an Kartoffeln. Für den Winter 1919/20 hatte Landrat Knutzen festgestellt, dass Stormarn bei der Kartoffelversorgung auf sich alleine gestellt sei, weil die großen Anbaugelände in Posen und Westpreußen nun nicht mehr als Lieferanten in Frage kämen. Er verbot deshalb jede Ausfuhr oder Abgabe an Hamsterer und schrieb – bei strengster Bestrafung im Falle der Zuwiderhandlung – die zwangsweise Ablieferung aller erzeugten Kartoffeln vor.<sup>94</sup> Um die Selbstversorgungsmöglichkeiten der Bevölkerung auszubauen, wurde in Oldesloe auf dem Gelände der ehemaligen Rennbahn sogenanntes Kartoffelland ausgewiesen. Der Arbeiterrat beklagte im April 1919 die Verzögerung der Ausweisung von Pachtland durch den Magistrat. Gefordert wurde die Bereitstellung von kleinen Parzellen in unmittelbarer Stadtnähe »zum Anbau von Kleingemüse und Frühkartoffeln«.<sup>95</sup> Es war – wie vorstellbar – nicht leicht, entsprechende Koppeln zu finden, weil die Besitzer sie nicht gerne hergaben. Überliefert ist, dass auf der Wiese im Bürgerpark Gänse und Ziegen gehalten wurden.

Problematisch war auch die Milchversorgung. Im Februar 1919 erging vom Landrat ein Aufruf an die Landwirte: »Die Milchknappheit in den großen Gemeinden des Kreises sowie in Hamburg und Nachbarstädten ist eine so große, daß die Beschaffung der für die Ernährung und Erhaltung der kleinen Kinder und Kranken notwendigsten Milch nicht mehr möglich ist.«<sup>96</sup> Er rief zur größten Sparsamkeit, zum Unterlassen des Verbutterns der Milch und zur Ablieferung auch jeder kleinen Menge auf, sonst sei »mit schweren behördlichen Eingriffen und Ueberwachungen der Milchablieferungen (...) zu rechnen«.<sup>97</sup> Der Mangel an Milch und Fleisch war nach Knutzen eine Kriegsfolge: Der »ungeheure Mangel an allem« habe den Landwirt schon während des Krieges gezwungen, Raubbau an Land und Vieh zu betreiben. »Die letzten Jahre haben Teile seines Viehbestandes vernichtet (...) und doch müssen wir mit immer neuen Forderungen auf Viehablieferung an die Landleute herantreten, müssen die Erfüllung der Lieferpflicht unbedingt verlangen«,<sup>98</sup> denn im Friedensvertrag vom 2. Dezember 1919 war die Ablieferung von Vieh an Frankreich und Belgien vereinbart worden.<sup>99</sup> Betroffen waren u. a. Pferde, Rinder und Schafe. Angekauft wurden die Tiere durch Ankaufskommissionen, konnten im Notfall aber auch beschlagnahmt werden. Der Ankauf erfolgte auf Märkten: in Oldesloe z. B. am 13. Februar und 17. Mai 1920 bei dem Gastwirt Hildebrandt.

Im September 1919 wurden die Preise für Milch erhöht und der Kreis bezuschusste die Abgabe an die minderbemittelte Bevölkerung: Die Gemeinden erstatteten monatlich den Betrag, der 36 Pfg. für einen Liter Vollmilch überstieg.<sup>100</sup> Die Bauern, vertreten durch

den Stormarnschen Landbund, und der Oldesloer Wirtschaftsverband protestierten seit Mai 1920 verstärkt gegen die Zwangswirtschaft: Sie sei nicht mehr notwendig, denn die gerechte Verteilung sei nicht gelungen, die Preise seien mittlerweile so hoch wie im Schleichhandel oder im freien Handel. Die notwendige Warenbevorratung habe diese dem Handel entzogen, durch weite Transporte seien die Waren verteuert worden. »Der Erzeuger und der Handel müssten aus den sie lähmenden Fesseln wieder einmal heraus«, wurde gefordert.<sup>101</sup> Der Sozialdemokrat Bullerdieck warnte vor der Aufhebung. »Das schwierige Problem dabei sei die Preisbildung. Es wird vielen Volksgenossen immer schwerer, das Lebensnotwendigste zu erstehen.«<sup>102</sup> Dennoch wurde die Zwangswirtschaft schrittweise aufgehoben, so dass die Lebensmittelkommission ihre Arbeit einstellen konnte.<sup>103</sup>

Die Folge der Freigabe waren wie befürchtet Preissteigerungen, die vor allem die sozial schwache Bevölkerung trafen. Als im Mai 1921 der Milchpreis freigegeben wurde, kam es zu Gewerkschaftsversammlungen, um gegen den hohen Milchpreis zu protestieren, der von 1,70 auf 2,60 M erhöht worden war. Beschlossen wurde, vorerst keine Milch zu kaufen, bis der Preis gefallen sei. Für die Durchsetzung dieser eher hilflosen Maßnahme sollten die Hausfrauen verantwortlich sein!<sup>104</sup> Auch Eier unterlagen der Zwangswirtschaft. Im Februar 1919 verbot eine »Anordnung über den Verkehr und Verbrauch der Eier« den freien Eierhandel, Hühnerhalter hatten lediglich ein Huhn für ihren Haushalt zur Selbstversorgung frei. Die Eier mussten an den Verteilungsausschuss des Kreises abgegeben werden.<sup>105</sup> Nachdem die Eier aus der Zwangswirtschaft herausgenommen worden waren, zeigte sich, dass Händler die Eier aufkauften und zu hohen Preisen nach Hamburg weiterverkauften, so dass für die versorgungsberechtigte Bevölkerung nichts mehr übrigblieb. Als Folge wurde der Eierankauf in Stormarn neu organisiert. Schulen sollten Eiersammelstellen einrichten, an die die Erzeuger »wenigstens einen Teil« anliefern sollten.<sup>106</sup>

Im Winter machte sich der Mangel an Kohlen auch für die Energieerzeugung schmerzlich bemerkbar. Bürgermeister Müller rief per Zeitungsanzeige im Januar 1919 zur Sparsamkeit im Verbrauch von Gas auf: »Auf dem Gaswerk sind nur noch für drei Tage Kohlen vorhanden und nur bei äusserster Sparsamkeit der Bürgerschaft werden wir ohne Einstellung der Gaslieferung die neue Krisis überwinden können.«<sup>107</sup> In der letzten Sitzung des alten Stadtparlaments wurde vom Arbeiterrat ein Fall von Überschreitung der Polizeistunde gerügt: Bei einer Festlichkeit sei sie überschritten und Gas verschleudert worden, während die Kriegsküche täglich unter mangelndem Gasdruck zu leiden habe. Der betreffende Wirt sollte bestraft werden.<sup>108</sup> Der geringe oder fehlende Gasdruck – ausgelöst durch den Kohlenmangel – war ein Problem auch für den »Oldesloer Landboten«, dessen Setzmaschinen bei schwachem Druck nicht arbeiten konnten.<sup>109</sup> Im November 1919 wurde die Stromlieferung seitens der Überlandzentrale Lübeck wegen Kohlemangels eingeschränkt: es wurde nur noch zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens geliefert.<sup>110</sup>

Die Wohnungsnot war ein weiteres großes Problem. Mit Hilfe einer Polizeiverordnung vom 28. August 1919 wurden Eigentümer oder Nutznießer eines in Oldesloe stehenden Gebäudes verpflichtet, das Freiwerden von Wohnungen innerhalb von drei Tagen dem



Vorsitzenden des Wohnungsausschusses zu melden, um eine Neuvermietung zu ermöglichen.<sup>111</sup> Optimistisch hatte Stadtbaumeister Schröder kurz darauf, im September 1919, berichtet, dass es gelingen werde, bis zum 1. Oktober alle Wohnungssuchenden unterzubringen, denn acht Wohnungen entstünden im Traveheim, einige in der Ziegelei und der Kalksandsteinfabrik. Dies war Wunschdenken: In einer Sitzung der städtischen Kollegien im März 1920 schilderte der sozialdemokratische Stadtverordnete Hector die anhaltende Not und er beantragte zur Gefahrenabwehr die Zwangseinquartierung: »Die erlassenen Anordnungen werden in den meisten Fällen nicht befolgt. Es müsse schärfer durchgegriffen werden. Es sei nicht beabsichtigt, in jede Villa Einquartierung zu legen, nur früher eingezogene Wohnungen sollen wiederhergestellt werden. Viele kleine Wohnungen seien so minderwertig, daß die Gesundheitspolizei einschreiten müsse.«<sup>112</sup> Bürgermeister Müller teilte mit, dass alle leerstehenden Wohnungen beschlagnahmt seien. Beschwerden darüber seien abgewiesen worden.

### *Fürsorge*

Die neue Republik entwickelte sich zu einem »modernen Sozialstaat« mit einer ausgeprägten Dienstleistungsverwaltung und auch der Kreis Stormarn baute seine Sozialverwaltung aus.<sup>113</sup> Im September 1919 wurde ein gesondertes Wohnungs- und Arbeitsamt für den Kreis geschaffen, das aus dem 1918 gegründeten Kreiswohlfahrtsamt (»Fürsorgeamt«) wegen der zunehmenden Belastung ausgegliedert wurde. In der gleichen Kreistagsitzung wurde die Anstellung einer Kreisfürsorgerin beschlossen und eine Anleihe in Höhe von 400 000 M zur Beschaffung und Preissenkung von Lebensmitteln aufgenommen. Der Kreis kaufte Auslands-Speck und Schmalz an, weil voraussehbar im Winter großer Mangel daran herrschen würde.<sup>114</sup> 1922 folgte die Gründung des Kreisjugendamts. Auch auf lokaler Ebene versuchte man durch die unterschiedlichsten Kommissionen und Maßnahmen die wirtschaftliche Not zu mildern und zu verwalten: Wohlfahrts-, Lebensmittel- und Wohnungskommission bewilligten über die gesetzlichen Regelungen zur Erwerbslosenfürsorge und Rentenzahlung hinaus Beihilfen (Wohlfahrtskommission). Besonders bedürftig waren die zahlreichen Kriegsversehrten, Kriegerwitwen und Kriegswaisen. In Oldesloe waren allein 60–65 Kriegerwitwen und ungefähr 150–160 Kinder auf Hilfe angewiesen. Ihnen wurde von der Stadtvertretung nach ihrer Bedürftigkeit eine kleine Beschaffungsbeihilfe gewährt.<sup>115</sup> Auch das Wohlfahrtsamt des Kreises Stormarn leistete 1919 eine sogenannte Winterbeihilfe an besonders bedürftige Personen. Zur besseren Interessensvertretung gründete sich im Februar 1919 unter dem Dach des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen der »Bund der Kriegsteilnehmer und der Vereinigung der Kriegsgeschädigten Oldesloe und Umgebung«. Auf dem zahlreich besuchten Gründungstreffen sprach »Kamerad Jäger« und rief die erschienenen Kriegerwitwen auf, sich zu einem Bund zusammenzuschließen. Diesem Aufruf folgten sogleich 28 Kriegerwitwen.<sup>116</sup>

Eine »Amtliche Fürsorgestelle« für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene kümmerte sich um die Angelegenheiten dieser Gruppe. Die Renten wurden vom Versorgungsamt

in Altona ausgezahlt – dies aber nur sehr zögerlich, so dass 1921 »die wenigsten Kriegsoffer (haben), was ihnen zusteht«. <sup>117</sup> Die Betroffenen stellten bei der Fürsorgestelle Zuschussanträge, mit denen die »Löcher gestopft« werden mussten. 1921 lebten 30 Schwerbeschädigte und fünf Altrentner in Oldesloe. Davon hatten 32 Arbeit, drei waren gänzlich ohne Verdienst. Sie wurden in einem Bericht namentlich genannt: einer war 100 Prozent kriegsgeschädigt durch einen rechtsseitigen Kopfschuss. Wenn die Rente – gerechnet wurde mit Februar 1922 – endlich ausgezahlt würde und »die Kriegsoffer erst das haben, was ihnen zusteht, nämlich Arbeit und Rente, dann kann man von einer Not hier am Orte nicht mehr reden«, schrieb der Leiter der Oldesloer Fürsorgestelle an der Realität vorbei. Der Weg, um diesem Personenkreis Arbeit zu beschaffen, führte über die Entlassung von verheirateten Frauen. <sup>118</sup>

Trotz der optimistischen Aussage blieb die Not für viele handgreifliche Realität. Im Februar 1920 wurde für Kinder an der Stadtschule eine Speisung eingeführt, zu der die Familien einen kleinen Beitrag selbst zahlen mussten: 250 Kinder wurden angemeldet. <sup>119</sup> 1921 beklagte der Schularzt Dr. Möllhausen, dass unter den Kindern der Stadtschule zahlreiche unterernährt seien und unter Tuberkulose- bzw. Skrofulose-Verdacht stünden. Sie seien dringend unterstützungsbedürftig und er bat den Magistrat sich für eine Fortsetzung der im Sommer 1920 begonnenen Schulspeisung durch die Quäker einzusetzen. <sup>120</sup> An der Stadtschule erhielten 75 Kinder pro Tag eine Mahlzeit, aber auch an das St. Josef-Stift wurden Speisen geliefert. Bis 1925 blieben die Quäker in Deutschland aktiv, aber auch in den folgenden Jahren kamen noch »Liebesgaben«, die in Oldesloe an die Kinderheilstation versandt wurden. Dazu gehörten Kakao, kondensierte Milch, Lebertran, Fleisch, aber auch Bettgummis. Selbst das Krankenhaus verfügte 1921 über zu wenig Bettwäsche, Gummi-Unterlagen und Küchengeschirr. <sup>121</sup> Das Kreiswohlfahrtsamt verschickte besonders erholungsbedürftiger Kinder an die See oder in Landerholungsheime. Und auch private Stifter engagierten sich: ein Unbekannter übergab der Stadtschule 10 000 Mark und der Unternehmer Friedrich Bölck sorgte dafür, »daß einer Anzahl schwächerer Kinder täglich frische Vollmilch zum Trinken verabreicht werden konnte«. <sup>122</sup>

### *Zentralarbeitsgemeinschaftsabkommen vom 15. November 1918*

Am 15. November 1918 schlossen die Gewerkschafts- und Unternehmerverbände ein Abkommen, das den inneren Frieden in der Gesellschaft sichern sollte. Gewerkschaften und Unternehmerverbände entschieden sich – wenigstens bis 1924, als das Abkommen von der Arbeitgeberseite gekündigt wurde – für eine Zusammenarbeit im Zeichen der Sozialpartnerschaft. Die Arbeitgeber erkannten die Gewerkschaften als einzige Vertretung der Arbeiterschaft an, beschlossen wurde der Acht-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich und die Einsetzung von Arbeitnehrausschüssen in allen Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten. Unterschiedlich waren die Beweggründe für die Partnerschaft: Die Arbeitgeber wollten mit den sozialpolitischen Konzessionen an die Arbeiterschaft die Produktion sichern und vor allem weitergehenden Forderungen nach »Sozialisierung« der Betriebe entgegenwirken. Die Gewerkschaften ließen sich auf eine



Abb. 1: Quäkerspeisung an der Stadtschule 1926.

Politik der kleinen Schritte ein und verzichteten auf eine revolutionäre Umwälzung der Wirtschaftsverhältnisse. Das Abkommen vom 15. November 1918 erhielt den Namen »Stinnes-Legien-Abkommen« nach den beiden Verhandlungsführern. Der Wirtschaft – besonders der Großindustrie – gelang es so frühzeitig ihre Interessen und ihre Einfluss-sphäre auszubauen, obwohl die Gewerkschaften durch den Zustrom zahlreicher neuer Mitglieder eigentlich an Kampfkraft gewonnen hatten.<sup>123</sup>

Neben dem sozialdemokratischen »Gewerkschaftskartell« gründeten sich in Oldesloe weitere Interessensvertretungen von Arbeitnehmern, so am 27. November 1918 der »Aus-schuss der kaufmännischen Angestellten = Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, Ortsgruppe Oldesloe«. Die Angestellten »stellten sich ganz auf den Boden der neuen demokratischen Regierung«, wie der »Landbote« bemerkte.<sup>124</sup> Während der Gründungsversammlung traten 100 weibliche und männliche Mitglieder ein. Ihren Forderungen erhoben sie auf dem Boden des Abkommens vom 15. November 1918: achtstündige tägliche Arbeitszeit, Verbot der Sonntagsarbeit, Gewährung eines aus-reichenden Sommerurlaubs, Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer und Regelung der Gehaltsfrage durch Einführung von Mindestgehältern.<sup>125</sup> Mit dem Deutschen Hand-lungsgehilfenverein existierte in Oldesloe darüber hinaus ein extrem antisemitischer und antidemokratischer Interessensverband männlicher Angestellter.

### *Erwerbslosenfürsorge*

Die Republik verpflichtete die Gemeinden mittels einer Verordnung vom 13. November 1918, Fürsorgemaßnahmen für Erwerbslose einzurichten. Die Fürsorge sollte »arbeitsfähigen und arbeitswilligen über 14 Jahre alten Personen, die infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage sich befinden«, gewährt werden. Dagegen hieß es: »Weibliche Personen sind nur zu unterstützen, wenn sie auf Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Personen, deren frühere Ernährer arbeitsfähig zurückkehren, erhalten keine Erwerbslosenunterstützung.«<sup>126</sup> Im Januar 1919 wurden die Unterstützungssätze durch eine Verordnung des Demobilisierungsamtes für Männer, Frauen und die Zuschläge für Familienangehörige festgesetzt. Ab März 1919 bekam ein über 21 Jahre alter Mann 3,50 M und eine Frau 2,25 M. Erwerbslose waren verpflichtet, jede geeignete Arbeit anzunehmen.<sup>127</sup> Eine Arbeitslosenversicherung wurde erst 1927 eingeführt.

Am Ende der parlamentslosen Übergangszeit konnte der Rat der Volksbeauftragten als zentrale Revolutionsregierung auf einige beachtliche Leistungen gerade im Bereich der Arbeitsbeschaffung hinweisen. Ein erheblicher Teil der acht Millionen Soldaten, die bei Kriegsende noch unter Waffen gestanden hatten, war Ende Januar 1919 wieder in den Produktionsprozess eingegliedert worden. Dies gelang auch durch Zwangsmaßnahmen: Unternehmer wurden verpflichtet, ehemalige Arbeitnehmer, die vor dem 1. August 1914 bei ihnen angestellt gewesen waren, wiedereinzustellen. Opfer dieser Maßnahmen waren wie bereits erwähnt vor allem Frauen, die nun ihre im Krieg innegehabten Arbeitsplätze aufgeben mussten. Betroffen waren u. a. die Briefträgerinnen, denen der »Landbote« einen Nachruf widmete. Die heimkehrenden Beamten besetzten ihre alten Stellen, die Frauen konnten »wieder die Pflichten eines eigenen Haushalts wahrnehmen«.<sup>128</sup> Hinter allen Maßnahmen stand der Wunsch, »den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft möglichst reibungslos zu gestalten und so die revolutionäre Unruhe zu dämpfen«, wie Winkler schrieb.<sup>129</sup>

### *Die Wahlen in der Entstehungszeit der Weimarer Republik*

Vom 16. bis 20. Dezember 1918 tagte in Berlin der Erste Allgemeine Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, in dem die MSPD über die Mehrzahl der Delegiertenstimmen verfügte. Der Kongress legte als Termin für die Wahlen zur Nationalversammlung den 19. Januar 1919 fest. Die Anhänger einer Rätediktatur, die einen späteren Wahltermin favorisierten, hatten keine Chance sich durchzusetzen. Ihnen fehlte auch bei den meisten Arbeiter- und Soldatenräten die Basis. Der Vorwurf der Linken, vor allem von der USPD an die MSPD war, dass mit dem frühen Wahltermin die Revolution abgeschlossen werden sollte, »um ihre Ergebnisse zumindest teilweise wieder rückgängig machen zu können«.<sup>130</sup> Abgelehnt wurde der Antrag, das Rätensystem zur Grundlage der Verfassung einer sozialistischen Republik zu machen und den Räten die höchste gesetzgebende und vollziehende Gewalt zuzugestehen. Angenommen wurden Resolutionen u. a. zur Sozialisierung aller »hierzu reifen Industrien«, die Entwaffnung der »Konterrevolution«

und die Auflösung des stehenden Heeres zugunsten einer Volkswehr. Gefordert wurde die »Demokratisierung« vor allem des Heeres, der Verwaltung und der Wirtschaft.<sup>131</sup> Gerade zur Entwaffnung der vielen rechten paramilitärischen Freikorpsverbände kam es aber nicht. Nach Pyta verzichtete der Rätekongress »aus freien Stücken auf seine, aus der Revolution gespeiste politische Machtstellung«.<sup>132</sup> Eine der Zentralforderungen der Revolution, die Sozialisierung vor allem des Bergbaus, wurde nicht umgesetzt.

Die Volksbeauftragten hatten bereits am 12. November 1918 »allen mindestens zwanzig Jahre alten männlichen und weiblichen Personen« das gleiche geheime, direkte und allgemeine Wahlrecht zugesprochen. Gewählt werden sollte nach dem Verhältniswahlrecht.<sup>133</sup> Frauen erhielten damit zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ein eigenes Wahlrecht und in der Wahlpropaganda vor der ersten Wahl zur Nationalversammlung wurden sie auch von allen Parteien besonders umworben.<sup>134</sup>

Sieben Parteien stellten sich im Januar 1919 bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung in Stormarn zur Wahl: Die DNVP, die DVP, die DDP, die Bauern- und Landarbeiter-Demokratie, die Christliche Volkspartei (Zentrum), die MSPD und die USPD. Das Parteiensystem war nach dem Bruch von 1918/1919 zunächst stabil geblieben. Zwar gab es Namensänderungen und die Linke hatte sich gespalten, aber im Wesentlichen blieb das System der Kaiserzeit erhalten: Konservative, Zentrum, Liberale und Sozialdemokratie. Dabei lassen sich die politischen Parteien in vier Lager<sup>135</sup> teilen, und zwar in die Sozialisten, Katholiken, Liberale und Konservative (nach Lepsius) oder (nach K. Rohe) in drei: das sozialistische, katholische und das Liberale und Konservative umfassende »nationale« Lager.<sup>136</sup> Nach dem ersten Modell sollen die in Bad Oldesloe zur Wahl angegetretenen Parteien vorgestellt werden.

## *Das Sozialistische Lager*

### *a) Die Mehrheitssozialdemokraten (MSPD)*

Die MSPD trat ab Dezember 1918 in Oldesloe als »Sozialdemokratischer Verein für Bad Oldesloe und Umgebung« erstmals nach dem Krieg wieder in Erscheinung. Die Mitgliederzahl betrug im April 1919 nach eigener Aussage 432.<sup>137</sup> Karl Frohme, schon im Kaiserreich Reichstagsabgeordneter, betonte auf einer Wahlversammlung der MSPD vor der Wahl zur ersten Nationalversammlung am 7. Januar 1919 noch einmal den parlamentarischen Weg, den die Partei eingeschlagen hatte: »Wir wollten nie dem Proletariat die Brandfackel in die Hand drücken. Es hat noch nie eine Partei gegeben, die sich, wie die unsere, einen so hehren Grundsatz gestellt hat, auf friedlichem Wege zur Macht zu gelangen.«<sup>138</sup> Frohme wandte sich ausdrücklich gegen die Spartakianer, denen er »ein verbrecherisches Treiben« und den Willen zur Diktatur vorwarf. Er verurteilte wilde Streiks und wandte sich ausdrücklich gegen Karl Liebknecht und »die polnische Bolschewistin Rosa Luxemburg«: damit habe »die Sozialdemokratie nichts zu tun«. Die SPD wolle »einen Volksstaat errichten, der allen Staatsangehörigen wirtschaftliche Wohlfahrt sichert«. Monopolartige Betriebe wie Eisenbahnen, Berg- und Elektrizitätswerke sollten jedoch

verstaatlicht werden. Die MSPD setzte also auf eine möglichst reibungslose Bewältigung der Nachkriegsprobleme. Alle wesentlichen Entscheidungen »über die politische und gesellschaftliche Neuordnung sollten der Nationalversammlung überlassen bleiben«. <sup>139</sup> Die MSPD stand hinter der Republik.

#### b) Die Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD)

Die USPD wurde im April 1917 von Gegnern des »patriotischen« Kriegskurses der SPD gegründet. Karl Liebknecht hatte schon am 2. Dezember 1914 gegen die Kriegskredite gestimmt, im Dezember 1915 folgten weitere 19 Parlamentarier diesem Beispiel. Nachdem die Mehrheit der Partei den Ausschluss dieser oppositionellen Gruppe aus der Fraktion beschlossen hatte, schloss sie sich zu einer »Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft« zusammen. Die USPD wollte vor der Wahl zur Nationalversammlung bereits einige wichtige »Eingriffe in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Gefüge vornehmen. Eingriffe, die geeignet wären, der erstrebten, parlamentarischen Demokratie ein festeres soziales Fundament zu geben«, schrieb Kolb. <sup>140</sup> Das Ziel der USPD war, so schilderte es ein Redner auf einer Versammlung am 23. November 1919 in Oldesloe, das Rätssystem: »Das Heil könne nur kommen durch (...) die Diktatur des Proletariats.« <sup>141</sup> Die USPD war vor allem in Industriestädten mit alter sozialdemokratischer Tradition und besonders in Orten, wo sich Arbeiter in neuen Riesenbetrieben ballten, erfolgreich. <sup>142</sup> Dies erklärt die geringe Stimmenanzahl, die die USPD in Oldesloe bei Wahlen errang. Dennoch gab es 1918 eine kleine Ortsgruppe, die auch zu Versammlungen einlud. Ein Hamburger Redner, der im Juli im Hotel »Stadt Lübeck« sprach, grenzte sich scharf von der MSPD ab: Die USPD wolle die Diktatur des Proletariats, die MSPD wolle den Sozialismus über die Demokratie verwirklichen. <sup>143</sup> Hugo Grell von der MSPD betonte in seinem Diskussionsbeitrag, es sei für die Arbeiterschaft nicht von Vorteil, in drei Richtungen zersplittert zu sein. Hier war schon die dritte Partei mitgezählt: die KPD.

#### c) Die Kommunisten (KPD)

Die Partei gründete sich am Jahresende 1918 in Berlin und entstand aus dem Zusammenschluss des Spartakusbundes (linker Flügel der USPD) mit kleineren linksradikalen Gruppen. Die KPD war in der Weimarer Republik vornehmlich die Partei der Arbeitslosen, ihre Mitgliedschaft war durch eine hohe Fluktuation gekennzeichnet – ebenso vollzog die Partei mehrere Kurswechsel: von einer Umsturzpolitik (1923) zu einer gemäßigeren Linie und schließlich 1928 wieder zu einem ultralinken Kurs. Die KPD und die SPD fanden in der Weimarer Republik auch zur Abwehr des Nationalsozialismus zu keiner gemeinsamen Front.

In Oldesloe entstand in einer Eisengießerei auf Initiative von Karl Matiszik und mit Hilfe von Lübecker Spartakisten zunächst eine Gruppe des Spartakusbundes. Die Ortsgruppe der KPD wurde – nach den Erinnerungen von Karl Matiszik – im Januar 1921 gegründet. <sup>144</sup>